

BASLER
FREISINN
Selber entscheiden.
Liste 1
 25. Oktober 2020

100 Kandidierende für den Grossen Rat

In allen Wahlkreisen inklusive Bettingen tritt die FDP.Die Liberalen Basel-Stadt mit vollen Listen zum Wahlkampf an. Wir wollen weiterhin unsere Kompetenz in den Bereichen Wirtschaft, Bildung, Digitalisierung sowie Sicherheit beweisen. Unsere Fraktion hat sehr gut gearbeitet. Sie hat überzeugende Ideen und Vorschläge, um unseren Kanton erfolgreich durch die Covid-19-Krise zu führen.

Seiten 3, 5, 7 bis 10


Diese vier für eine erfolgreiche Regierung

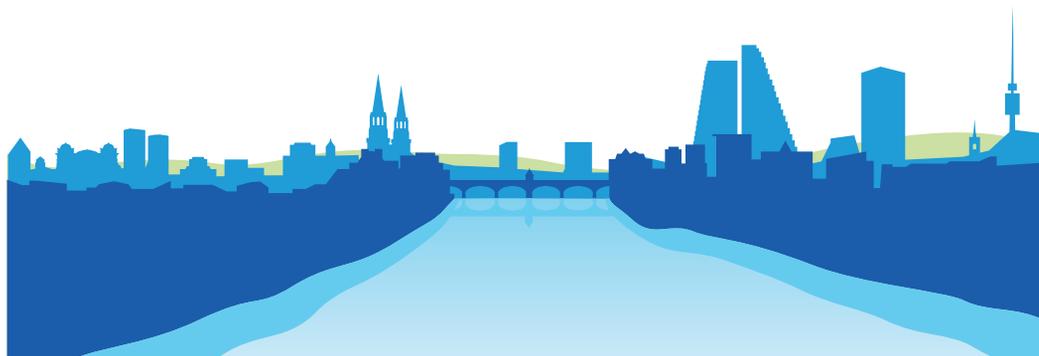
Während der Covid-19-Krise haben die Regierungsräte Dürr, Cramer und Engelberger klar gezeigt, dass sie Krisenmanagement können. Die beste Ergänzung zu diesem bewährten Team ist Stephanie Eymann als Regierungspräsidentin. Wählen Sie diese vier!

Seite 4

Frauen und Jungfreisinnige

Warum auch freiheitlich gesinnte Frauen sich vermehrt um Politik interessieren sollten. Und was die Jungfreisinnigen Basel-Stadt unternehmen, um liberale Ideen bei der kommenden Generation beliebt zu machen.

Seite 6

**Wählen Sie FDP,
 weil Basel kluge Köpfe
 und eine starke
 Wirtschaft braucht.**
Basel-Stadt braucht eine blühende Wirtschaft, gleiche Bildungschancen für alle und eine schlanke, bürgernahe Verwaltung. Am 25. Oktober entscheiden Sie darüber, ob Sie weiter den linken Stillstand oder kluge Köpfe wählen wollen, die unseren Kanton voranbringen. Darum Liste 1 FDP einwerfen.


Inhalt

- 3–11 Basler Freisinn
- 12 Die SP – plötzlich eine Wirtschaftspartei?
- 13 Die FDP im Einsatz für KMU
- 14 Neue Mitglieder im Parteivorstand
- 15 KMU-Porträt: Gebrugg AG
- 16/17 Massnahmen für eine krisenresistente Schweiz
- 18 Petra Gössi zur Enkelstrategie
- 19 Ruedi Noser: Nein zur «UVI»
- 20 Thierry Burkart: Ja zu neuen Kampfflugzeugen
- 21 Kündigungsinitiative: Interview mit Karin Keller-Sutter
- 22 Update zur Renteninitiative
- 23 Aus dem Generalsekretariat/ Agenda



Liebe Freisinnige

Die Corona-Krise hat unsere Gesellschaft, die Wirtschaft und die Politik innert kürzester Zeit vor eine ausserordentliche Herausforderung gestellt. Gerade in dieser schwierigen Zeit, die viel von uns allen verlangt hat, und dies immer noch tut, gilt mehr denn je: Wir müssen in die Zukunft sehen und die Weichen für unser Land, unsere Kinder und Enkelkinder richtig stellen.

Werden Sie Teil unserer Enkelstrategie

Die Schweiz braucht eine langfristige Strategie – eine Enkelstrategie – die gewährleistet, dass unser Wirtschaftsstandort an der Weltspitze bleibt, die Sozialwerke für die zukünftigen Generationen gesichert werden und wir unseren Kindern und Enkelkindern intakte Lebensgrundlagen hinterlassen können. Diese Enkelstrategie wollen wir gemeinsam mit Ihnen erarbeiten. Sie erhalten in den nächsten Tagen Post von mir mit den Zugangsdaten zu unserer Mitgliederumfrage zur Enkelstrategie. Ziel dabei ist, dass wir ein möglichst umfassendes Bild der verschiedenen Meinungen in unserer Partei erhalten. Ich danke Ihnen bereits jetzt, dass Sie sich an der Umfrage beteiligen.

Nein zur Kündigungsinitiative, Ja zu neuen Kampfflugzeugen

Eine wichtige Entscheidung können wir bereits am 27. September 2020 treffen, indem wir mit einem Nein zur schädlichen Kündigungsinitiative die Kündigung der bilateralen Verträge verhindern. Denn wir dürfen nicht vergessen: Die Schweiz verdient zwei von fünf Franken im Aussenhandel und

mehr als die Hälfte der Schweizer Exporte gehen in die EU. Gerade in den momentan unsicheren Zeiten braucht es keine Hochrisiko-Experimente, welche die stabile Beziehung mit unserer wichtigsten Handelspartnerin aufs Spiel setzen.

Die aktuelle Krise zeigt auch, dass wir jederzeit auf das Unerwartete vorbereitet sein müssen. Das gilt auch für Bedrohungen aus der Luft. Daher ist es jetzt an der Zeit, neue Kampfflugzeuge zu beschaffen und einen Beitrag zu leisten, dass der Schutz unseres Luftraums auch in Zukunft sichergestellt werden kann.

Unterschreiben Sie die Renteninitiative!

Doch nicht nur die FDP, sondern auch die Jungfreisinnigen setzen sich mit vollem Gewicht dafür ein, dass auch die zukünftigen Generationen gute Zukunftsperspektiven haben. Ihre Renteninitiative sorgt für eine langfristig sichere und nachhaltige Altersvorsorge und ermöglicht, dass unsere Kinder und Enkelkinder vom gleichen sozialen Schutzschild profitieren können wie die heutigen Rentnerinnen und Rentner. Ich freue mich, wenn auch Sie den Unterschriftenbogen, den Sie in der Beilage dieses Freisinns finden, unterschreiben und damit einen wichtigen Beitrag leisten, unsere Altersvorsorge für die Zukunft zu sichern.

Nun wünsche ich Ihnen eine interessante Lektüre und danke Ihnen für Ihr Engagement für die liberale Idee!

Ihre Petra Gössi
Parteipräsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

Konzentrieren wir uns auf das Wesentliche

Luca Urgese, Parteipräsident

Liebe Wählerinnen
Liebe Wähler

Seit wir mit Corona nicht mehr das Bier, sondern ein Virus verbinden, ist vieles im privaten und im beruflichen Alltag anders geworden. Die Bewältigung der Folgen wird uns noch einige Zeit beschäftigen. Dafür braucht es geballte Wirtschaftskompetenz und einen Fokus auf die wichtigen Themen.

Schaden für Wirtschaft vermeiden

In der Krise, das ist keine neue Erkenntnis, konzentriert man sich rasch auf das Wesentliche. Für die FDP stand rasch im Vordergrund, eine nachhaltige Schädigung der Wirtschaft zu verhindern. Sie hat sich daher sehr früh für Soforthilfe für betroffene Betriebe und weitere Unterstützungsmassnahmen ausgesprochen. Als Wirtschaftspartei sehen wir uns in der Verantwortung, unseren Beitrag zur Bewältigung dieser Krise und ihrer wirtschaftlichen Folgen zu leisten.

Fokus auf Arbeitsplätze

Wir wollen Arbeitsplätze erhalten, neue Jobs schaffen und Basel-Stadt als Treiber für Fortschritt und Innovation weiterentwickeln. Mit 100 Kandidatinnen und Kandidaten für den Grossen Rat bieten wir Ihnen hierfür eine geballte Ladung Kompetenz an.

Wichtige Herausforderungen stehen an

Wir wollen uns rasch auch wieder auf andere Themen konzentrieren: auf ein Bildungssystem, welches unsere Jungen bereit macht für den Arbeitsmarkt. Auf eine digitale Verwaltung, mit der wir Behördengeschäfte schnell und unkompliziert erledigen können. Damit uns mehr Zeit für Analoges bleibt. Aber auch auf lokale Massnahmen zur Bewältigung des Klimawandels.

Selber entscheiden

In den letzten Monaten haben wir gemerkt, was es heisst, wenn unsere Freiheiten stark eingeschränkt werden. Manche Politiker



sehen darin eine Chance, um unsere Gesellschaft grundlegend umzukrempeln. Wir nicht. Wir wollen möglichst selber entscheiden sowie unser Leben verantwortungsbewusst und frei führen – aber ohne die Schwächeren und Benachteiligten zu vergessen.

Ihre Stimme für eine liberale Zukunft

Mit Ihrer Stimme für die FDP wählen Sie Menschen mit einem klar liberalen Kompass, die nicht Probleme, sondern Lösungen suchen. Menschen, die das Individuum in den Vordergrund stellen und Ihnen nicht vorschreiben wollen, wie Sie zu leben haben. Damit Sie auch in Zukunft die Freiheit haben, selber über Ihr Leben zu entscheiden.

Luca Urgese
Präsident FDP.Die Liberalen Basel-Stadt
Grossrat Grossbasel West

Wofür wir uns einsetzen

Gesunde Wirtschaft – Weil nur ein attraktiver Standort unseren Wohlstand sichert.

Drohende Handelskonflikte, zunehmender Protektionismus und die enormen Kosten der Corona-Krise sorgen für Unsicherheit in der Wirtschaft. Wir wollen mit gezielten Massnahmen für Stabilität sorgen und mit solider Finanzpolitik den nötigen Handlungsspielraum schaffen.

Digitale Bildungsoffensive – Weil die Chancen für alle gleich sein müssen – auch online.

Unsere Jungen müssen vorbereitet sein auf das Berufsleben, wo immer mehr digitale Kompetenzen gefragt sind. Die Schulen müssen auf diese Entwicklung vorbereitet und dafür ausgerüstet sein. Auch die Lehrpersonen müssen auf der Höhe sein und laufend ausgebildet werden.

Digitale Verwaltung – Weil das Leben auch nach Schalterschluss weitergeht.

Mit der konsequenten Einführung von eGovernment können wir unsere Behördengeschäfte – die Steuererklärung, den Umzug oder die Unternehmensgründung – rund um die Uhr von überall her erledigen. Sicherheit und Schutz von persönlichen Daten haben dabei für uns höchste Priorität.

Polizisten an Hotspots – Weil Überwachungskameras keine Schläger festnehmen.

Die Polizei und deren Präsenz wurden in den letzten Jahren deutlich ausgebaut. Pro Kopf gab es 2019 in Basel-Stadt so wenige Einbrüche und Gewaltdelikte wie seit zehn Jahren nicht mehr. Diesen Weg wollen wir weitergehen, mit zusätzlicher Präsenz an den Hotspots.

Sicherheitspolitik mit Augenmass

Baschi Dürr, Regierungsrat

«Gefällt es Ihnen im JSD?»

Ich werde oft gefragt, ob mir die Arbeit als Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartements, als Basler «Oberschugger», gefällt: Man werde ja ständig kritisiert, mal mache die Polizei zu viel und dann wieder zu wenig. Nach bald acht Jahren im Amt ist meine Antwort mehr denn je: Ja, ich mache diese Arbeit mit grosser Freude!

Für eine Polizeiarbeit mit Augenmass

Warum? Weil ich das Vertrauen der Bevölkerung spüre: Fernab der öffentlichen Kommentare erhalte ich regelmässig viel Zustimmung für unsere Polizeiarbeit mit Augenmass. Ich bin überzeugt, dass die meisten Baslerinnen und Basler eine Verpolitisierung der Polizeiarbeit weder von links noch von rechts wünschen, sondern sich auf eine verhältnismässige, wo nötig aber auch konsequente Kantonspolizei verlassen wollen. So zeigen

Umfragen regelmässig nicht nur das grosse Vertrauen in die Polizei, sondern jüngst auch eine deutlich bessere Zufriedenheit mit der Polizeipräsenz.

Digitalisierung entlastet von Administration

Dass sich dennoch eine Minderheit noch mehr Polizei wünscht, ist uns weiter Ansporn: Dank konkreter Digitalisierungsprojekte reduzieren wir das Papier auf dem Polizeiposten und erhöhen die Präsenz in den Quartieren weiter.

Die Kriminalitätsrate sinkt

Wir haben die Kriminalität insgesamt gesenkt und 2019 bei Einbruch und Gewalt die tiefsten Pro-Kopf-Zahlen seit zehn Jahren verzeichnet.

Abstimmungen gewonnen

Wir haben alle Volksabstimmungen gewonnen und hielten trotz Widerstand auch an wichtigen Projekten fest. Darunter zählen die punktuellen



Verstärkungen im Kampf gegen Extremismus oder die viel diskutierten elektrischen Polizeiautos, die sich nicht nur im Alltag bewähren, sondern anderswo zum Vorbild wurden.

Wir sind auf Kurs

Selbstverständlich ist die Arbeit nie erledigt. Erst recht nicht in einer komplexen Organisation mit über 20 Abteilungen, gegen 2000 Mitarbeitenden und jährlich rund 50 000 kleinen und grossen Einsätzen. Erst recht nicht, wenn es um die Sicherheit, den Schutz und die Justiz unseres Kantons geht. Aber: Wir sind auf Kurs. Darauf baue ich auch in meiner dritten Amtsperiode.

Baschi Dürr, Regierungsrat
Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartements des Kantons Basel-Stadt

Diese vier für eine erfolgreiche Regierung

Regierungsratswahlen

Richtungsweisende Wahlen

Am 25. Oktober 2020 stehen in Basel-Stadt richtungsweisende Regierungsratswahlen an. Die Coronavirus-Krise hat auch unseren Kanton hart getroffen und die Politik stark geprägt. Zwei Regierungsräte treten nicht mehr an, womit sich die Zusammensetzung des Regierungsrates ändert. Wohin soll sich Basel-Stadt entwickeln?

Conradin Cramer, Baschi Dürr, Lukas Engelberger

Sie haben in den letzten Monaten bewiesen, dass sich die Baslerinnen und Basler auf diese

Regierungsräte verlassen können. Besonders in diesen Zeiten braucht es Persönlichkeiten, die mit Augenmass und Konsequenz entscheiden und unaufgeregt handeln. Und es braucht den Mut, auch im Gegenwind am eingeschlagenen Kurs festzuhalten.

Stephanie Eymann als Regierungspräsidentin

Sie verfügt über Führungskompetenz. Dazu bringt sie eine frische Sicht von aussen ein, weist breite Politikerfahrung auf und verfügt über einen Leistungsausweis. Damit ergänzt Stephanie Eymann das Regierungsteam ideal.



Das Präsidialdepartement hat jene Spitze verdient, die sich die Bevölkerung vorstellt: eine starke und gewinnende Persönlichkeit.

Diese vier bringen uns weiter

Mit fast 20 Jahren Regierungserfahrung werden Conradin Cramer, Baschi Dürr und Lukas Engelberger zusammen mit Stephanie Eymann Basel-Stadt in der neuen Legislatur durch eine verlässliche Politik für alle Einwohnerinnen und Einwohner weiter voranbringen und die Folgen der aktuellen Krise erfolgreich bewältigen. Wählen Sie diese vier.

Der Leistungsausweis der FDP-Fraktion

Erich Bucher, Fraktionspräsident

Das sind die wichtigen Themen

Für unsere Fraktion waren diese Themen besonders wichtig: Finanz- und Steuerfragen, Handlungsspielraum des Kantons bei der Klimaerwärmung, Verkehrsfragen aller Art, Wechselwirkungen zwischen Eigentum und Rechten der Mieter sowie die Covid-19-Krise.

Wachstum der Ausgaben bremsen

Die Fraktion versuchte, das stetige Wachstum der Staatsausgaben zu bremsen. Dabei stand die Reduktion der Wachstumsraten im Vordergrund. Ist der Regierungsrat gezwungen, präsentiert er Sparideen, die im Grossen Rat nie mehrheitsfähig sind (z. B. Subvention Zolli).

Vorstösse finden grosse Beachtung

Einige unserer Vorstösse wurden in der Öffentlichkeit stark wahrgenommen, insbesondere die Diskussionen um die Besteuerung des Eigenmietwerts und der Kompromiss zur Steuerreform 17. Bei der Ablehnung der Motion der SP zum Direktabzug der Steuern vom Lohn spielten wir die führende Rolle. Mit Vorstössen förderten wir den Wirtschafts- und Steuerstandort Basel. Beispielhaft erwähnt sei hier die erfolgreich überwiesene Motion zur Anpassung der Dividenden-

besteuerung zur Minderung der negativen Auswirkungen der Topverdiener-Initiative.

Wir suchen liberale Lösungen

Wir kämpften gegen staatliche Zwangsmassnahmen und für liberale Lösungen bei der Umsetzung der Wohn- oder Mieterschutzinitiative. Die FDP hat dabei den Vorschlag der Regierung in allen Teilen unterstützt und sich gegen Verschlechterungen gewehrt. Gegen das neue Gesetz hat Rot-Grün das Referendum ergriffen – gegen die eigene Regierungsmehrheit.

Wir nehmen den Klimawandel ernst

Das Thema Klimawandel hat die Fraktion ernst genommen. Sie hat Massnahmen unterstützt, die im kantonalen Rahmen umsetzbar und wirtschaftlich vertretbar sind. Wir haben uns aber gegen den übertriebenen Alibi-Aktivismus von Links-Grün gewehrt.

Verideologisierung der Verkehrsthemen

Dauerbrenner im Kanton sind die Diskussionen zu Verkehrsthemen. Die liberalen Anliegen, den motorisierten Individualverkehr durch links-grüne Vorstösse oder regierungsrätliche Vorlagen nicht weiter zu benachteiligen, kamen nicht durch.



Umsetzung des Parteiprogramms

Die Fraktion hat daran gearbeitet, wichtige Punkte aus dem FDP-Parteiprogramm in konkrete Vorstösse umzusetzen, vor allem in unseren Schwerpunkten Bildung, Digitalisierung und Wirtschaft. Erwähnt seien die Wiedereinführung von Kleinklassen und die Vorstösse zur Digitalisierung im Verwaltungs- und Steuerbereich.

Erfolgreiche Vorschläge zur Corona-Krise

Wir waren die Ersten, die konkrete Vorschläge zur Stützung der durch die Corona-Krise betroffenen Wirtschaft einbrachten. Die Linke im Grossen Rat entschied, dass diese – mit Ausnahme der 1/3-Regel bei Geschäftsmieten – nicht dringlich seien. Erfreulich für das Gewerbe ist, dass die Regierung schlussendlich einen Grossteil unserer Vorschläge dann doch noch umgesetzt hat.

Wir wollen im Grossen Rat noch verstärkt liberalen Ideen zum Durchbruch verhelfen.

Erich Bucher
Grossrat Grossbasel Ost, Fraktionspräsident
FDP.Die Liberalen Basel-Stadt

100-fache Kompetenz

Volle Listen in allen Wahlkreisen

Die FDP.Die Liberalen Basel-Stadt tritt in allen Wahlkreisen mit vollen Listen an. 100 kompetente Persönlichkeiten setzen sich für eine realistische liberale Politik ein.

Neun Bisherige treten wieder an

Wegen der Amtszeitbeschränkung darf der bekannte Grossrat Christophe Haller leider nicht mehr antreten. Und Grossrätin Marina Bernasconi hört ebenfalls auf. Wir werden die beiden Persönlichkeiten am Ende der Legislatur noch gebührend würdigen.

Die anderen neun Bisherigen stellen sich zur Wiederwahl. Grossbasel Ost: Erich Bucher, David Jenny; Grossbasel West: Karin Sartorius, Christian Moesch, Luca Urgese; Kleinbasel: Peter Bochsler; Beat Braun, Mark Eichner; Riehen: Andreas Zappalà.

Prominente Rückkehrer

Diese früheren Grossräte treten 2020 wieder zur Wahl an. Grossbasel Ost: Stephan Maurer, Daniel Stolz; Grossbasel West: Christian Egeler, Michel Rusterholz, Elias Schäfer, Rolf Stürm; Kleinbasel: Roland Vögli.

Anleitung für die Wahlen in den Grossen Rat

1. Stärken Sie die FDP.Die Liberalen und wählen Sie die Liste 1. Am besten, Sie stecken diese unverändert in Ihr Wahlcouvert.
2. Sie können bevorzugte Kandidierende 3 Mal auf Ihre Liste schreiben. Hierzu müssen andere Kandidierende durchgestrichen werden.
3. Werfen Sie Ihr Wahlcouvert bis spätestens am 20. Oktober in den Briefkasten.

Gedanken zur liberalen «Frauenpolitik»

Nadine Gautschi, Präsidentin FDP Frauen



«Wo sind die bürgerlichen Politikerinnen?»

Als Präsidentin der FDP Frauen Basel-Stadt werde ich oft gefragt, weshalb die liberalen Parteien in Basel-Stadt wenige Grossrätinnen aufweisen. Hier meine Gedanken, warum gerade liberale Frauen einen wichtigen Beitrag zu einer lebenswerten Gesellschaft und attraktiven Politik leisten sollten.

Verschiedene Frauenbilder

Wer «im Namen aller Frauen» spricht, ist suspekt. Es gibt weder **die** Frau noch **die** Politik. Da in der «Frauenfrage» sowohl von Männern als auch von Frauen von einem allgemeinen Frauenbild ausgegangen wird, regt sich bei liberal eingestellten Menschen Widerstand. Es ist unliberal, sich von Männern vorschreiben zu lassen, was eine «typische Frau» sei. Unliberaler ist, wenn Frauen das gegenüber Frauen tun, was oft in Publikationen geschieht.

Gut ausgebildet und unabhängig

Im Erleben von gut ausgebildeten, unabhängigen Frauen regelt ein deregulierter Arbeitsmarkt – gerade in einer Dienstleistungsgesellschaft – die wachsende Nachfrage nach sozialkompetenten Leistungsträgern. Und dies zunehmend zugunsten der Frauen. So besteht die «Politik» vieler Frauen darin, sich geschickt und kreativ im Geflecht von Angebot und Nachfrage zu bewegen. Sie bauen auf ihre Erfahrungen und ihre gute Ausbildung.

Überholter kämpferischer Feminismus

Für diese Frauen ist der kämpferische Feminismus ein Relikt aus dem 20. Jahrhundert. Erfolgversprechend sind nicht der Kampfgeist, sondern die «soziale Fantasie» und das Einfühlungsvermögen in verschiedene Anliegen. In dieser Lage ist es schwierig, kompetente Frauen für die Lokalpolitik zu begeistern.

Sie ziehen es vor, sich in der Wirtschaft zu etablieren. Oft sehen sie Politik als Männerspiel.

Liberale Frauen sollen sich engagieren

In Frauenfragen sollten liberale Frauen eine tragende Rolle spielen. In den letzten Jahren hat sich der Staat als «Freund und Helfer» der Frauen «ausgezeichnet». Also letztlich: Mehr Gleichberechtigung durch mehr Staat.

Überregulierung hilft Frauen nicht

Es ist an uns liberalen Frauen aufzuzeigen, dass ein überregulierter Staat sich gegen die Interessen vieler Frauen richtet. Mehr Markt und mehr Autonomie tragen mehr zum Abbau von alten Rollenbildern und Vorurteilen bei als einklagbare Rechte.

Nadine Gautschi
Präsidentin FDP Frauen Basel-Stadt
Grossratskandidatin Grossbasel Ost

Jungfreisinnige haben Ideen und packen an

Titus Hell, Präsident Jungfreisinnige



Junge in die Politik

Es lohnt sich, junge, liberal gesinnte Leute in den Grossen Rat und andere politische Ämter zu wählen. Geben auch Sie uns Jungfreisinnigen (JFBS) Ihre Stimme.

«Seilziehen» mit Regierungsrat Cramer

Die von den JFBS formulierte Gesetzesinitiative «zur Stärkung der politischen Bildung (Ja zu einem Fach Politik)» fordert, dass ein Schulfach «Politik» eingeführt wird. Die Initiative wurde vom Grossen Rat zur Annahme empfohlen, obwohl Regierungsrat Cramer zur Initiative meinte, dass diese nicht das «Ei des

Kolumbus» darstelle. Nach dem Beschluss des Grossen Rates zugunsten unserer Initiative gab es erneut Treffen und man einigte sich auf eine sehr gute Lösung, worauf wir die Initiative zurückgezogen haben. Im 10. und 11. Schuljahr wird das Thema Politik nun je eine halbe Lektion pro Woche unterrichtet. Für uns Jungfreisinnige ist dies ein enormer Erfolg. Wir sind der Sache verpflichtet und nicht auf Effekthascherei aus – wie manche junge Linke.

Jungfreisinnige packen heikle Themen an

Die Schweizer Jungfreisinnigen haben die sogenannte Renteninitiative lanciert. Die

Renteninitiative will mittelfristig das Rentenalter 66 für beide Geschlechter und langfristig eine Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung. Damit sollen die Renten der Zukunft gesichert und neue Abgaben sowie starke Erhöhungen vermieden werden.

Weniger Ideologie, mehr Verstand

Es ist unabdingbar, dass wir alle unser Bestmögliches tun, um in Basel-Stadt wieder mehr politische Balance herzustellen. Wählen Sie!

Titus Hell
Präsident Jungfreisinnige BS, Vorstand FDP BS,
Grossratskandidat Grossbasel West

Menschen mit Haltung und Charakter, für eine kluge Wahl.

Für Grossbasel Ost in den Grossen Rat.



Yolanda Berger

1954, Advokatin



Fabienne Beyerle

1980, Schulleiterin, Bürgerrätin, Präsidentin Waisenhaus



Santuzza Bianchi

1968, Kaufmännische Angestellte



Nadine Gautschi

1972, lic. rer. pol., Präsidentin FDP Frauen BS, Kirchenrätin



Eva Jenisch

1965, Selbständige Beraterin, engagiert für Frauen und Wirtschaft



Céline C. Jundt

1980, lic. rer. pol., eidg. dipl. Steuerexpertin



Dominique Martin

1980, Dipl. Ing., Kassierin FDP Frauen & Grossbasel Ost, ACS Mitglied



Isabelle Mati

1986, MLaw, MA Stawa BL, Co-Präs. FDP-Ost, ehm. Präs. SC UNI Basel Volley



Carla Sorato Attinger

1961, Dr. sc. nat ETH, Innovationskommunikatorin, selbstständig



Patricia von Escher

1958, lic. iur., Vorstand FDP Grossbasel Ost, Schulkommission, FDP Frauen



BISHER

Erich Bucher

1951, Unternehmer, QuartierOASE Bruderholz, Startup-Acad., IGG Gundeli



BISHER

David Jenny

1960, Dr. iur., Advokat, Statthalter GR, Pfadistiftung, Kirchenrat



Adrian Baumann

1971, Unternehmer im Finanzbereich & Gesundheitswesen, Investor



Mark-Oliver Baumgarten

1962, Dr. iur., Advokat, Stiftungsrat Militärbibliothek Basel



Toni Calabretti

1971, Eidg. dipl. Elektroinstallateur, LAP Experte, Vorstand QV Ost



Patrick Erny

1987, Leiter Politik Gewerbeverband Basel-Stadt, Vorstand FDP BS



Patrick Flad-Agoropoulou

1969, Dr. oec. HSG, Vater, Dozent FH Marketing, SK FMS, Vorstand FDP BS



David Friedmann

1969, Unternehmer, Co-Präsident FDP GB-Ost, E.E. Zunft zu Schiffleuten, GBB, 2 Kinder



Mathis Heuss

1981, lic. rer. pol., Finanzmanager Roche, 10 Jahre Expat, Zofingia



Conrad Jauslin

1958, Dipl. Bauingenieur ETH, Dr. sc. techn., Präsident NQV Bruderholz



Stephan Maurer

1958, Unternehmer & Berater, alt Grossrat, Kirchenrat, IGöV



Remo Pösinger

1976, Informatiker/Fluglehrer



Patrik Reiniger

1972, Amtsleiter Kantonalen Krisenstab Baselland, EMBA



Nicolas Rotzler

1997, Student VWL



Joël Schreyer

1993, Immobilienbewirtschafter, Vorstand / Kassier FDP Basel-Stadt Ost



Daniel Stolz

1968, Geschäftsleiter WohnWerk, alt Grossrat, Z.z. Safran, TCS/ACS, KSJ



Reto Vonzun

1972, Dr. iur., Rechtsanwalt

www.fdp-bs.ch
#fdpbs

**Für Grossbasel West
in den Grossen Rat.**



BISHER
Karin Sartorius-Brüschweiler

1972, Dipl. Ing., 3 Kinder, Elternrat, Schulkomm., NQVB-H, FDP Frauen



Fabienne Abrecht

1955, Kultur/Zeitgenössische Kunstexpertin, Sportlerin



Florence Bucher

1978, Administrative Expert



Samantha Fedeli

1971, lic. iur., Advokatin, Mutter, Fasnächtlerin, Rooftoplerin



Adrienne Lotz

1956, lic. phil. I, lic. iur., pensioniert



Charlotte Werthemann

1974, Dr. rer. pol., Gesundheitsökonomin, «Berglerin», verh., 3 Kinder



BISHER
Christian C. Moesch

1973, Treuhänder FA/Unternehmer, Vorstand FDP, KSJ, Z.z. Schlüssel, WGK



BISHER
Luca Urgese

1986, Präsident FDP BS, Leiter Finanzen und Steuern Handelskammer



Iman Ahmed

1966, Vater und Kellner, Wirtepatent BS



Andreas Walter Aste

1969, PD Dr. phil., Physiker, verheiratet, zwei Töchter



Johannes Barth

1970, lic. iur., Bankier, Unternehmer, Fasnächtler



Michael Beerli

1991, Sanitär



Dieter Beyerle

1948, Eidg. Dipl. Küchenchef und Berufsschullehrer



Corsin Cron

1986, Jungfreisinnige JFBS



Ivo Dändliker

1964, Bauing. ETH/SIA/VSS, Alpeninitiative, Pro Velo



Christian Egeler

1970, Ingenieur, 4 Kinder, Bürgergemeinderat, Vorstand Europainst., WBG



Fabrizio Gabrielli

1965, Dr. iur., Advokat, Fachanwalt SAV Bau- und Immobilienrecht



Frank Heini

1964, Dr. Frank Heini, Advokat



Titus Hell

1994, BLaw, Präsident JFBS, Vorstand FDP BS und JKB, Kulturstadt Jetzt



Stefan Inderbinnen

1961, dipl. Wirtschaftsprüfer/dipl. Pensionskassenleiter



Christoph Mettler

1969, Dr. iur., Umweltjurist



Lienhard Meyer

1969, Dr. iur., LL.M., Advokat und Notar



David Mumenthaler

2001, Student VWL, Mitglied JFBS, Europäisches Jugendparlament



Vojin Rakic

1975, Leiter Geschäftsstelle SBK BSBL, Schulrat, Zunft zu Weinleuten



Jochen Richner

1980, Jurist, eidg. dipl. Steuerexperte, E.E. Feuerschützen



Michel Rusterholtz

1968, GL IVB beider Basel, alt Grossrat, Beirat TCS, Zunft zu Rebleuten



Elias H. Schäfer

1984, Vater, Unternehmer, Smart Regio Basel, HG 400, Kulturstadt Jetzt



Emanuel Schiess

1966, Sachbearbeiter/Fachspezialist



Ed Schumacher

1968, Unternehmer, Kunsthandwerker



Christoph André Spenlé

1969, Dr. iur., Advokat, LL.M., stv. Chef Sektion Menschenrechte (EDA)



Rolf Stürm

1950, Dr. med., alt Grossrat, IGB-Del. am Runden Tisch der Religionen



Daniel Vicentini

1979, Experte in Rechnungslegung und Controlling, Leiter Finanzen



Stefan Vicentini

1979, kaufmännischer Angestellter



Christoph Ziltener

1964, Dipl. Chem.-Ing. ETH, Projektleiter Pharma Entwicklung

Menschen mit Haltung und Charakter, für eine kluge Wahl.

Für Kleinbasel in den Grossen Rat.



**Zerina
Rahmen**

1990, Dipl. Betriebsökonomin, Unternehmerin: Hadzic-Consulting



**Regula
Rutz**

1954, Direktorin metrobasel, Vorstand pr suisse



BISHER

**Peter
Bochsler**

1947, Fiko, IGPK Rheinhäfen, 3E Hären, Z.z. Weinleuten, Wurzengraber



BISHER

**Beat
Braun-Gallacchi**

1971, Dr. oec. HSG, Dipl. Ing. ETH, 2 Kinder, Direktor, E.E. Zunft zu Schiffleuten, Wurzengraber



BISHER

**Mark
Eichner-Guth**

1977, Dr. iur., Advokat, Notar, Vorst. GGG, Mitglied 3E, www.eichner.ch



**Daniel
Allemann**

1968, Unternehmer



**Pascal
Bättscher**

1982, Fasnächtler



**Benjamin
Bochsler**

1995, Kaufmann, Fasnächtler



**Daniel
Brunner-Ryhiner**

1968, Wurzengraber, Schappo, Lions, OK SMF, Stiftung Overall



**Oliver
Degen**

1970, Dipl. Betriebswirt FH / Leiter Firmenkundenberatung



**Alexander
Duss**

1988, Bsc. Lebensmitteltechnologie, MBA HSG



**Tobias
Fischer**

1979, Finanzanalyst



**Angelo
Gallina**

1968, Erwachsenenbildner, Pro Kaserneareal, Kulturstadt Jetzt



**Chris
Hess**

1984, MSc Entrepreneurship, Stv. Geschäftsführer



**Richard
Hubler**

1973, lic. iur., Sozialunternehmer, Kleinbasler



**Urs-Ulrich
Katzenstein**

1969, lic. oec. HSG, Schulratspräsident, Kaufmann, Revision, IT



**Chris
Leduc**

1989, IT Sicherheitsb., Vorstand Offiziersgesellschaft, Stab Bundesrat Nationale Alarmz.



**Flavio
Nanni**

1981, Geschäftsinhaber Bauunternehmung Nanni AG, Prüfungsexperte



**Andri
Obrist**

1975, lic. iur., Advokat, LL.M.



**Marcel
Pohl**

1973, Geschäftsführer J. Pohl Baugeschäft GmbH, Fasnächtler



**Daniel
Seiler**

1969, Präsident FDP Kleinbasel, Unternehmer, 3E, IGK, ACS, www.daniel-seiler.ch



**Michael
Trachsel**

1982, Speditionsfachmann



**Edwin E.
Tschopp**

1953, Betriebsökonom HWV, Marketingberater, alt Präs. Erlen-Verein



**Jakob
Vogt**

1947, Rentner, VKBler, Härenpfleger, Wurzengraber, GGG-Benevol



**Roland
Vöggtli**

1949, Inhaber Vöggtli-Mode, Verleger Kleinbasler Zeitung, alt Grossrat



**Michael Gabriel
Wiederkehr**

1968, Präsident Verein perspektive50plus Basel, Vorstand Tattoo Chor



**Willi
Wigger**

1960, Einkäufer, Beirat der FDP, E.E. Zunft zu Safran, 3E Härenbruder

www.fdp-bs.ch
#fdpbs

**Für Riehen
in den Grossen Rat.**

Liste 1
25. Oktober 2020



Denise Gilli

1966, Juristin, Co-Präsidentin FDP Riehen, Präsidentin Opferhilfe bd. Basel



Christine Mumenthaler

1962, Einwohnerrätin, Vorstand VRD



Barbara Näf

1983, Hausfrau und Mutter, dipl. Pflegefachfrau HF, Fasnächtlerin



Elisabeth Näf

1955, Einwohnerrätin, Bürgerrätin Riehen



Silvia Schweizer

1962, Unternehmerin, Gemeinderätin, Präsidentin Frauenverein Riehen



Carol Baltermia

1985, MLaw, Co-Präsident FDP Riehen, Schulratspräsident Hinter Gärten



Dieter Nill

1954, Geschäftsinhaber, Einwohnerrat



David Pavlu

1998, BLaw, Student, Einwohnerrat, Schulrat, ehem. Präsident JFBS



Bernhard Regli

1959, Ing. FH, Leiter Lehrwerkstatt für Mechanik, Vorst. Swissmechanic



Daniel Wenk

1971, Geschäftsführer WENK Haus+Garten GmbH



BISHER

Andreas Zappalà

1963, lic. iur., Geschäftsführer HEV BS, Einwohnerratspräsident

**Für Bettingen
in den Grossen Rat.**

**Wahlanleitung
Regierungsratswahlen**



Dominik Scherrer

1996, Versicherungs- und Vorsorgeberater, Initiant «Junge politische Denkfabrik»

So wählen Sie richtig: Kreuzen Sie bei den Regierungsratswahlen Baschi Dürr, Conradin Cramer, Lukas Engelberger und Stephanie Eymann sowie zusätzlich Stephanie Eymann beim Regierungspräsidium an (insgesamt fünf Kreuze)!



Danke!



Am Parteitag vom 19. August konnte Präsident **Luca Urgese** die wegen Covid-19 aufgeschobenen Verdankungen für FDP-Exponenten nachholen. Aus dem Vorstand verabschiedet wurde **Daniel Seiler**. Er hat als Vizepräsident sehr viel geleistet und bleibt erfreulicherweise Präsident der FDP Kleinbasel. Verdankt wurde die Leistung von alt Grossrat **Stephan Mumenthaler**, der aus beruflichen Gründen auf sein Mandat verzichten muss. Er hat

als Fraktionspräsident sehr gute Arbeit geleistet. Seine Nachfolgerin im Grossen Rat ist **Karin Sartorius**. Deswegen hat sie ihr Vorstandsamt aufgegeben. Sie hat viele Ideen eingebracht. Wegen beruflicher Mehrbelastung gab **Dominique Martin** ihr Amt als Finanzchefin weiter. Sie hat die Administration vereinfacht. In Abwesenheit verdankt wurde Richterin **Noémi Baltermia**. Dank an alle Fünf für ihr Engagement zugunsten der Partei!

Parolen

FDP. Die Liberalen Basel-Stadt empfiehlt Ihnen diese Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 27. September 2020:

Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung» (Begrenzungsinitiative) **Nein**

Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) (Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten) **Ja**

Änderung des Bundesgesetzes über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz, JSG) **Ja**

Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge **Ja**

Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (Vaterschaftsurlaub) **Stimmfreigabe**

Gewerbe

Der Gewerbeverband Basel-Stadt hat in seinem Parlamentarier-Rating zum 3. Mal FDP-Präsident **Luca Urgese** als gewerbefreundlichsten Grossrat ausgezeichnet. Den tollen 3. Platz hat FDP-Grossrat **Erich Bucher** erreicht. Und die **FDP-Fraktion** ist am gewerbefreundlichsten von allen Fraktionen. Gratulation!

Richter

Für die Wahl als Gerichtspräsident ans **Appellationsgericht** empfiehlt Ihnen die FDP. Die Liberalen Basel-Stadt **Marc Oser**, lic. iur. – Er hat als langjähriger Strafgerichtspräsident die notwendige Kompetenz und Erfahrung für dieses wichtige Amt. Er wird unterstützt von CVP, EVP, FDP, GLP, LDP, SVP.

Agenda

Dienstag, 8. September 2020, 20 Uhr
Bürgerforum mit Regierungsrat Baschi Dürr und Grossratskandidat Dominik Scherrer, in der **Baslerhofscheune**, Bettingen

Dienstag, 22. September 2020, 18.30 Uhr
Wurst und Freibier mit Baschi Dürr und FDP-Grossratskandidaten. **Restaurant Brauerei**, Basel

Donnerstag, 24. September 2020, 18.30 Uhr
Wurst und Freibier mit Baschi Dürr und FDP-Grossratskandidaten. **Restaurant Schützenhaus**, Basel

Sonntag, 27. September 2020
Eidgenössische Abstimmung, Richterwahl

Mittwoch, 14. Oktober 2020, 19 Uhr
Werkstattgespräch «Führen in der Krise»
Rolf Stürm im Gespräch mit Baschi Dürr, Stephanie Eymann, Patrik Reiniger. **Sud**, Burgweg 7, Basel

Sonntag, 25. Oktober 2020
Gesamterneuerungswahlen Basel-Stadt

Montag, 26. Oktober 2020
Parteitag FDP. Die Liberalen Basel-Stadt

Details siehe www.fdp-bs.ch

R. Soder Baugeschäft AG

Oberdorfstrasse 10
Postfach 108
4125 Riehen 1
Telefon 061 641 03 30
Fax 061 641 21 67
soderbau@bluewin.ch



Lergemüller AG

Oberdorfstrasse 10, Postfach 108
4125 Riehen 1
Telefon 061 641 17 54
Fax 061 641 21 67
lergenmueller@bluewin.ch

Wand- und Bodenbeläge – Mosaiken



Schweizer Söhne Malen Gipsen

Wir hinterlassen einen frischen Anstrich
Malen, Gipsen, Isolieren, Tapezieren

061/381 83 15

Spalenring 14/16 CH-4055 Basel
Zweigstelle: Schützenstrasse 2/4 4127 Birsfelden
E-mail: malen@schweizersoehne.ch
Homepage: www.schweizersoehne.ch

Wirtschaft und KMU

Die SP versucht, sich als wirtschaftsfreundlich darzustellen – tatsächlich sorgen ihre Rezepte für viele geschlossene Türen und verlorene Arbeitsplätze.



Die SP – (k)eine Wirtschaftspartei?

Was in den SP-Papieren wirklich steht – eine Analyse

Kurz nach der Sommersession im Juni spielte sich die SP als Verteidigerin der KMU auf. Die SP – eine Wirtschaftspartei? Mitnichten! Ein Blick in ihr Corona-Positionspapier «Solidarisch gegen die Krise» lässt tief blicken.

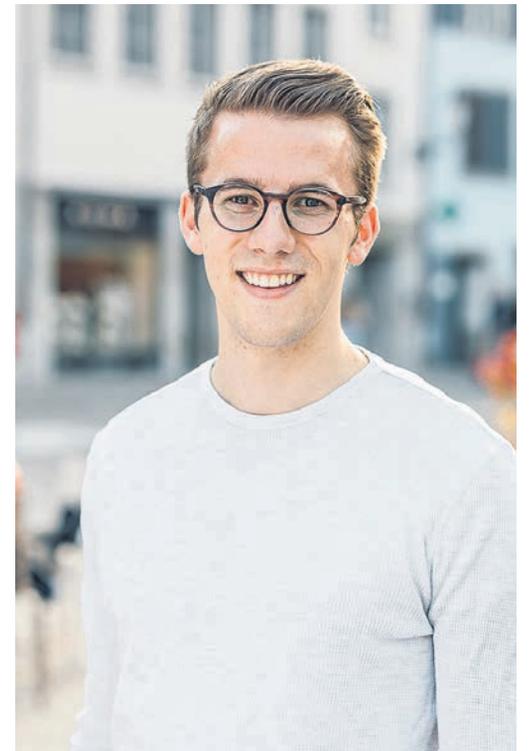
Grundsätzlich schwebt der SP vor, mit zusätzlichen Steuergeldern die Wirtschaft zu «fördern». Um die Finanzierung sicherzustellen, will die SP einen «Krisenfonds» einrichten. Dabei stellt sich die Frage, wie dieser finanziert werden soll. Diese Frage beantwortet die SP gleich selbst, zahlen sollen nämlich: «... die Unternehmen, die in dieser Krisenzeit profitieren ...». Sprich, jedes KMU, welches entweder weniger stark von der Corona-Krise betroffen war oder welches trotz Krise enorme Leistungen erbracht hat, um nicht rote Zahlen schreiben zu müssen. Anstatt dass Unternehmen Reserven für Krisenzeiten bilden können und dies steuerlich belohnt wird, fordert die SP einen «ausserordentlichen Solidaritätszuschlag von 5 Prozent auf die Unternehmenssteuer». Nicht nur verhindert die SP seit Jahren Steuersenkungen, sie fordert sogar noch pauschale Steuererhöhungen. Noch offensichtlicher kann man sich fast nicht gegen die Interessen der KMU stellen.

Verstaatlichen und enteignen

Ebenso will die SP, dass die Produktion von «unverzichtbaren Gütern» verstaatlicht werden soll, damit diese in Krisenzeiten eigenständig hergestellt werden können. Mit dieser Forderung greift die SP die Schweizer Wirtschaft frontal an. Die Schweiz ist äusserst stark im internationalen Handel verflochten und kann dadurch ihren Wohlstand stetig steigern. Mit einer Verstaatlichung würde die Wettbewerbsfähigkeit abnehmen und die Schweiz als attraktiver Wirtschaftsstandort geschwächt. Weiter wirken sich protektionistische Massnahmen kontraproduktiv aus, da jeweils mit Gegenmassnahmen der Handelspartner zu rechnen ist. Abgesehen davon verfügt die Schweiz nur begrenzt über eigene Ressourcen, um Güter herzustellen. Sie bleibt selbst bei einer staatlichen Produktion auf die Importe der notwendigen Ressourcen angewiesen. Generell sind die KMU auf einen funktionierenden und weltweiten Handel angewiesen. Drei

Viertel der Exportunternehmen und fast 90 Prozent der Importunternehmen sind KMU. Eine Verstaatlichung käme einer Enteignung ebendieser Betriebe gleich.

Anstatt sich der Problematik des internationalen Handels für KMU anzunehmen, weist die SP darauf hin, dass die Binnennachfrage gestärkt werden muss. Sie ignoriert dadurch einerseits Probleme der KMU und andererseits, dass der internationale Handel zirka 40 Prozent zum Bruttoinlandprodukt beiträgt. Dem Giesskannenprinzip verpflichtet, will die SP Helikoptergeld im Wert von 1,7 Mrd. Franken in Form von Gutscheinen der gesamten Schweizer Bevölkerung verteilen. Die Wirksamkeit solcher Massnahmen ist sehr umstritten und führt nicht selten zu mehr Inflation.



Andri Silberschmidt

Fazit

Abschliessend bleibt zu sagen, dass eine KMU-freundliche Politik anders aussieht. Neben den «neuen» Corona-Rezepten hält die SP natürlich an einer staatlich verordneten 35-Stunden-Woche bei 42 Stunden Lohn oder sechs Wochen bezahlten Ferien für alle fest, wie in ihrem Wirtschaftspapier «Unsere Wirtschaft – Vorschläge für eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik 2019–2029» dargelegt wird. Die Corona-Krise hat die Wirtschaftspolitik der SP nicht verändert. Im Gegenteil, sie setzt sich weiterhin für mehr Bürokratie, Steuern und restriktive Vorschriften für KMU ein.

Andri Silberschmidt, Nationalrat ZH

KMU und Selbstständige brauchen konkrete Antworten, um die Wirtschaftskrise zu überstehen.



KMU und Selbstständige brauchen konkrete Antworten, um die Wirtschaftskrise zu überstehen. Wie Sie auf der vorherigen Seite lasen, versucht die Linke, die Corona-Krise zu nutzen und sich als Hüterin der KMU zu inszenieren. Nichts ist weiter weg von der Realität. Die FDP hingegen setzt sich täglich für Arbeitsplätze und KMU ein. Nationalrätin Daniela Schneeberger (BL) hat einige Beispiele herausgegriffen.

Die FDP steht seit jeher für KMU und Selbstständige ein. Insbesondere kämpfen wir für den Abbau bürokratischer Hindernisse, für die Abschaffung von Handelshemmnissen und Zöllen und für einen funktionierenden Wettbewerb im Inland – mit dem Ziel, Wohlstand und Arbeitsplätze für alle zu schaffen.

Das ist klassisch liberale Politik. Genau diese Art von Politik hat unser Land erfolgreich gemacht und überhaupt erst die umfangreichen Kredite und die Rettung unzähliger Arbeitsplätze in der Corona-Krise ermöglicht.

Ein weiteres wichtiges Element ist die umsichtige Haushaltspolitik: Denken wir etwa an die Schuldenbremse. Sie ist einer der Pfeiler des Erfolgsmodells Schweiz, um die uns das Ausland beneidet.

Sie geriet in den letzten Jahren oft von links und zunehmend auch aus der Mitte unter Attacke. Dank unserem Widerstand wurde zum Glück nicht daran gerüttelt.

Vorwärtsstrategie wichtiger denn je

Es braucht weiterhin eine starke und liberale Politik. Wir haben im August 2019 eine «Vorwärtsstrategie» für einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort präsentiert, lange vor Corona. Diese Strategie enthält unsere wichtigsten Forderungen in verschiedenen Bereichen wie Liberalisierung im Inland, Fachkräftemangel, internationale Vernetzung oder Innovation am Arbeitsplatz. Wegen Corona ist die Notwendigkeit dieser Strategie grösser denn je.

Für rasche Corona-Lockerungen ...

Wie hat sich die FDP seit Ausbruch der Corona-Krise ganz konkret engagiert? Schon am 18. März haben wir einen runden Tisch mit zahlreichen Unternehmern und Branchenvertretern durchgeführt. Daraus resultierte ein offener Brief an Bundesrat Guy Parmelin mit der Forderung nach rascher Hilfe für Unternehmer, Angestellte und Selbstständige.

In unserer Corona-Ausstiegstrategie von Mitte April haben wir Druck gemacht, dass alle Unternehmen ihre Tätigkeit rasch wieder fortsetzen dürfen, sofern sie ihre Mitarbeitenden und ihre Kundenschaft schützen können.



Daniela Schneeberger

... gegen Industriezölle

In der Sommersession haben wir uns unter anderem für die Abschaffung der Industriezölle stark gemacht. Das wäre ein einfacher, unbürokratischer Weg, um Konsumenten und Unternehmen um mehrere hundert Millionen jährlich zu entlasten. Doch leider hat die Linke die Abschaffung im Nationalrat verhindert. Sie ruft lieber lauthals nach Konjunkturprogrammen, statt einfachen Sofortmassnahmen zuzustimmen.

Weiter haben wir kurz nach der Sommersession die Verlängerung der Corona-Unterstützungsmassnahmen für KMU und Selbstständige durch den Bundesrat ausdrücklich unterstützt.

Dies sind nur einige Beispiele unserer täglichen Arbeit für Arbeitsplätze und KMU. Mehr finden Sie auf unserer Webseite www.fdp.ch. Auch die Vorwärtsstrategie finden Sie online.

Daniela Schneeberger, Nationalrätin BL

Neue Mitglieder im Parteivorstand

Klare Wiederwahl von Petra Gössi

Die Delegierten haben Petra Gössi mit 267 von 283 abgegebenen Stimmen sehr deutlich wiedergewählt. Auch die anderen Kandidierenden wurden klar gewählt. Die FDP gratuliert ihnen herzlich zur Wahl und freut sich auf die Zusammenarbeit. Der Vorstand ist nun folgendermassen zusammengesetzt:



Petra Gössi, Nationalrätin (SZ) und Präsidentin FDP.Die Liberalen (bisher)

«Wir haben viel Arbeit vor uns. Die nächsten Jahre werden anspruchsvoll. Wir müssen an unseren Inhalten und unseren Strukturen arbeiten. Wir müssen kämpferischer werden. Ich weiss: Das liegt uns nicht per se im Blut als diejenige Partei, die die Schweiz und ihre Institutionen geschaffen hat. Aber ich bin bereit dazu.»



Andrea Caroni, Ständerat (AR) und Vizepräsident FDP.Die Liberalen (bisher)

«Liberalismus ist langfristig ein Erfolgsrezept, kurzfristig aber anstrengend. Ich bin äusserst motiviert, diesen Einsatz zu leisten und weiterhin täglich für unsere liberale Ordnung zu kämpfen. Dies mit dem tollen Team, das wir in der FDP von der Basis bis zur Parteileitung bilden.»



Philippe Nantermod, Nationalrat (VS) und Vizepräsident FDP.Die Liberalen (bisher)

«Ich bin überzeugt, dass die Schweizer Bevölkerung auf eine politische Partei setzt, die sich für Eigenverantwortung und Freiheit einsetzt. Durch meine tägliche Arbeit und in Zusammenarbeit mit allen freisinnigen Akteuren im Land möchte ich an unserem zukünftigen Erfolg teilhaben.»



Philippe Bauer, Ständerat (NE) und Beisitzer (neu)

«Ich bin (neben meiner Frau) in mein Land, seine Institutionen, das Genie seiner Unternehmer verliebt und davon überzeugt, dass nur in einer liberalen Welt jeder und jede wirklich aufblühen und unterstützt werden kann, wenn er oder sie es braucht.»

An der digitalen Versammlung vom 27. Juni 2020 haben die Delegierten den Vorstand neu bestellt. Nicht mehr angetreten waren Christian Lüscher (NR GE), Christian Vitta (RR TI) und Christian Wasserfallen (NR BE), Frédéric Borloz (NR VD), Thierry Burkart (SR AG), Marcel Dobler (NR SG), Christian Scheuermeyer, Daniela Schneeberger (NR BL) und Ruedi Waser. Die Delegierten würdigten ihr grosses Engagement über die letzten Jahre.



Alex Farinelli, Nationalrat (TI) und Beisitzer (neu)

«Ich glaube, es ist wichtig, die Sensibilität der italienischsprachigen Schweiz in die nationale Realität einzubringen. Im Bewusstsein, dass es nicht nur darum geht, Haltungen durchzusetzen, sondern vielmehr darum, in einem föderalistischen Geist, in dem die Besonderheiten der verschiedenen Regionen anerkannt werden, eine zukunftsorientierte Schweiz zu schaffen.»



Andri Silberschmidt, Nationalrat (ZH) und Beisitzer (neu)

«Wir dürfen Leistungsfähige und Leistungswillige nicht unnötig behindern, aber wir müssen – und hier ist der Staat gleichermassen gefragt wie Private – die Schwächeren in unserer Gesellschaft unter dem Motto «Hilfe zur Selbsthilfe» stützen und unterstützen. Im Vorstand werde ich insbesondere mithelfen, die Partei für die junge und urbane Gesellschaft noch attraktiver zu positionieren.»

«Ich freue mich sehr über meine klare Wiederwahl. Sie bestätigt mich auf meinem Weg und gibt mir Kraft und Mut für die Zukunft.»

Petra Gössi nach ihrer Wiederwahl

Weitere Mitglieder komplettieren das Gremium

Neben diesen Persönlichkeiten besteht der Vorstand aus folgenden Mitgliedern von Amtes wegen: NR Beat Walti (Präsident der FDP-Liberale Fraktion), NR Olivier Feller (Vizepräsident der Fraktion), SR Thomas Hefti (Vizepräsident der Fraktion), Daniel Seiler (Präsident FDP Service Public), NR Susanne Vincenz-Stauffacher (Präsidentin FDP Frauen) und Matthias Müller (Präsident Jungfreisinnige).

Und schliesslich entsendet die Parteipräsidentenkonferenz neu zwei Personen in den Vorstand. Es sind dies Saskia Schenker (Präsidentin FDP BL) und Bertrand Reich (Präsident FDP GE).

Andrea Roth, CEO Geobru gg Group, setzt auf den Produktionsstandort Schweiz.



In der Schweiz produziert, weltweit im Einsatz

Warum KMU «Nein» zur Kündigungsinitiative sagen

Die Geobru gg AG und ihre Schwesterfirma Fatzer AG entwickeln und produzieren seit 180 Jahren Qualitätsdrahtseile, -netze, -geflechte aus hochfestem Stahldraht – als Lawinenprävention, Böschungssicherungen, Steinschlagbarrieren, Schutzzäune in der Formel 1 und für die spektakulärsten Seilbahnen der Welt. In Romanshorn TG produziert, finden die massgeschneiderten Lösungen weltweit Anwendung.

In Vietnam vertrauen Fahrgäste, die in der längsten Drei-Seil-Umlaufbahn (3S) der Welt in schwindelerregender Höhe den atemberaubenden Ausblick geniessen, auf Tragseile aus dem Schweizer Produktionsunternehmen «Fatzer AG». Auf Formel-1-Rennstrecken in Mexiko City, Sotschi oder Hanoi werden Zuschauende und Fahrende mit mobilen oder stationären Barrieren von Geobru gg geschützt. Die stärkste Steinschlagschutzbarriere der Welt kann 25 Tonnen schwere Brocken mit über 100 km/h stoppen. Die vor 180 Jahren gegründete Fatzer AG und die Geobru gg AG sind Pioniere und behaupten ihre Führungsrollen. «Wir sorgen mit unseren Systemen und Lösungen für den Schutz von Mensch und Infrastruktur», bringt es Andrea Roth, CEO der Geobru gg Group, auf den Punkt. In

den neuen grossen Produktionsräumen im Romanshorn Industrialquartier beschäftigen die beiden Schwesterfirmen heute 265 Mitarbeitende.

Globales Netzwerk

Die patentierten Stahldraht-Systeme sind weltweit im Einsatz. Doch produziert wird traditionsgemäss im Hochpreisland Schweiz. Tochtergesellschaften und qualifizierte Partner in über 50 Ländern sorgen für Kundennähe. «Unterschiedliche Kulturen erfordern eine gute lokale Verankerung. Gerade bei der Vergabe von öffentlichen Ausschreibungen ist dies von grösster Bedeutung», ist Andrea Roth überzeugt. Zu den Erfolgsrezepten des stark exportorientierten Unternehmens zählen nicht nur das globale Netzwerk, höchste Qualität, patentierte



Aus Schweizer Produktion: Schutzzäune für die Formel 1.

Verlässlichkeit, stete Weiterentwicklung, Planung, Beratung und Service vor Ort, sondern auch eine enge Zusammenarbeit mit international anerkannten Forschungsinstituten. Anforderungen an das Schutzsystem werden simuliert, mit digitalen Dimensionierungstools verlässlich berechnet und mit Härtetests auf eigenen Testanlagen in Eins-zu-eins-Grossfeldversuchen umfassend dokumentiert. Andrea Roth, dessen Karriere bei Geobru gg vor fast 20 Jahren als Projektleiter für eine wegweisende Tunnelsicherung in Australien begann, ist anspruchsvolle Aufgabenstellungen gewohnt. Speziell in Erinnerung bleibt ihm das Schutznetz einer Ölplattform im Persischen Golf als echte Herausforderung. «Nicht nur, weil wir im salzigen Meer die Korrosion mit eigenen Sensoren überwachen, sondern vor allem, weil unser Drahtgeflecht den vielen PS-starken Gegnern – angriffenden Motorbooten – standhalten muss.»

Marie-Theres Brühwiler

Man darf Schweizer Unternehmern vertrauen

«Wir stellen, wenn immer möglich, Fachleute aus der Umgebung ein und nehmen unsere Verantwortung auch für ältere Arbeitnehmende ernst. Der Mangel an Fachkräften ist gerade in ländlichen Gebieten und Randregionen gross, weshalb wir in unseren beiden Produktionsbetrieben in der Ostschweiz dringend auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen sind», sagt Andrea Roth, seit kurzem auch Präsident der Arbeitgebervereinigung Region Romanshorn. «Mit der Annahme der Kündigungsinitiative wären viele sichere Arbeitsplätze in der Schweiz gefährdet. Ich hoffe, dass Schweizerinnen und Schweizer bei der Abstimmung vom 27. September 2020 einmal mehr Weitblick beweisen», so das engagierte FDP-Mitglied.



Massnahmen für eine krisenresistente Schweiz

Themenpapiere: Mit Kraft aus der Corona-Krise

Das einzig Sichere an Krisen ist: Die nächste kommt bestimmt. Deswegen muss die Schweiz sowohl auf politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene noch resilienter werden. Nur so können wir uns gegen zukünftige Krisen wappnen. Dazu gilt es, die Eigenverantwortung umfassend zu fördern und die Abhängigkeit vom Staat zu reduzieren.

Voraussetzung für eine krisenresistente Schweiz ist eine umfassende Reflexion der Corona-Krise, um daraus die Lehren zu ziehen. Dies hat die FDP gemacht und sich intensiv mit den Herausforderungen und Lösungsansätzen im Bereich Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Politik, Aussenpolitik, Sicherheit, Gesellschaft, Gesundheit und dem Epidemien-gesetz auseinandergesetzt. Dadurch entstanden acht Themenpapiere, die alle gleich aufgebaut sind. Sie umfassen ein Überblick der Herausforderungen, die bisherigen parlamentarischen Interventionen der FDP und unsere mittel- bis langfristigen Forderungen in den jeweiligen Bereichen.

Vielfältige Herausforderungen

- **Wirtschaft und Arbeitsmarkt:** Die Corona-Krise verdeutlicht die wirtschaftspolitischen Schwächen und damit zusammenhängende Herausforderungen der Schweiz. Durch Kurzarbeit konnten Massenentlassungen zwar zu einem grossen Teil verhindert werden. Doch die Arbeitslosigkeit ist trotzdem gestiegen. Zudem hat sich bei vielen Unternehmen gezeigt, dass die Liquidität für solche Krisen nicht genügend vorhanden ist, was wiederum negative Konsequenzen für Investitionen in Forschung und Entwicklung hat.

- **Gesellschaft:** Die Corona-Krise hat in der

Schweizer Gesellschaft einerseits das grosse Potenzial der Digitalisierung aufgezeigt, andererseits deutliche Schwachpunkte aufgedeckt. Innert weniger Tage wurde beispielsweise ohne grössere Probleme auf Homeoffice umgestellt. Der Übergang in das Homeschooling verlief hingegen weniger reibungslos. Verschiedenste Mängel bei der digitalen Ausstattung und Kompetenz der Schulen sowie die Fragilität der Chancengleichheit in der Bildung wurden offenbart. Der zeitgleiche Ausfall von externen Kinderbetreuungen wiederum liess die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für berufstätige Eltern zu einer kaum bewältigbaren Herausforderung werden.

- **Politisches System:** Der Gesetzgebungsprozess in der Schweiz braucht mehr Zeit als in anderen Staaten. Zeit ist aber in einer Notlage ein rares Gut, weshalb der Bundesrat Notverordnungen erlassen kann. Das Parlament verfügt über die gleiche Kompetenz, kann diese aber nur anwenden, wenn es physisch tagt. Dies war und ist während Corona eine besondere Schwierigkeit.

- **Gesundheitssystem:** Im internationalen Vergleich hat das Schweizer Gesundheitssystem die Krise gut überstanden. Änderungen sind dennoch notwendig. Denn es hat sich beispielsweise gezeigt, dass die Versorgungssicherheit bei medizinischem Material nicht vollumfänglich gewährleistet war. Vor allem muss das Krisenmanagement kritisch analysiert werden.

- **Sicherheit:** In langandauernden Krisen sind die zivilen Behörden auf subsidiäre Unterstützung angewiesen. Armee und Zivilschutz bewiesen in der Corona-Krise, dass sie sich schnell und unbürokratisch mobilisieren und einsetzen lassen. Auch wenn es zu keiner systematischen Unterversorgung der Bevölkerung kam, muss der Mangel an Schutzmaterial kritisch analysiert und korrigiert werden.

- **Aussenpolitik:** Die Corona-Krise hat gezeigt, dass die global diversifizierten Liefer- und Produktionsketten mehrheitlich gut funktionieren. Die Schweiz als eines der stärksten globalisierten Länder ist auch zukünftig auf offene Märkte und gute internationale Rahmenbedingungen angewiesen.

Zahlreiche Herausforderungen

Weil die Herausforderungen zahlreich sind, fordert die FDP verschiedene mittel- und langfristige Massnahmen, damit zukünftige Krisen besser bewältigt werden können:

Wirtschaft und Arbeitsmarkt

- Die Schaffung von **liquiden Reserven** für Krisenzeiten soll **steuerlich begünstigt** werden.
- **Tiefe Lohnnebenkosten**, damit Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden.
- **Unternehmer** müssen sozial besser **abgesichert** werden, indem freiwillige Versicherungsmodelle und die Erweiterung des Obligatoriums (BVG, UVG) geprüft werden.
- Das **Arbeitsgesetz** muss **flexibilisiert** werden, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser gewährleistet wird.

Gesellschaft

- Das Bildungssystem muss die nötige **digitale Infrastruktur** inkl. digital-pädagogisch geschultes Lehrpersonal und angepasstes Lehrmaterial aufweisen.
- Die **Chancengleichheit** muss gewahrt bleiben. Dies bedingt, dass alle Lernenden über den Zugang zu einem digitalen Endgerät verfügen.
- Die **E-ID** gilt es **rasch einzuführen**, damit die Behördengänge vermehrt im digitalen Raum abgewickelt werden können. Denn dank der **Digitalisierung** können **Verwaltungsprozesse optimiert** und **Bürokratie** für Bevölkerung und Wirtschaft **abgebaut** werden.

Politisches System

- Die **Funktionsfähigkeit** des **Parlaments** muss in

jeder Situation **gewährleistet** sein, notfalls müssen **Sitzungen** auch **digital** abgehalten werden können.

- **Politische Rechte** sollen jederzeit wahrgenommen werden können, deswegen muss die **digitale politische Partizipation gefördert** werden. Voraussetzung dafür ist die Einführung eines sicheren E-Voting- und E-Collecting-Systems.

Gesundheitssystem

- Die Beschaffung von **medizinischen Gütern** muss so organisiert werden, dass die Schweiz eine sechsmontatige **Isolationsphase überstehen** kann.
- Bei erhöhtem Bedarf an **Intensivbetten** muss die **Kapazität** rasch **erhöht** werden können. Dies soll durch eine intensive Zusammenarbeit der privaten und öffentlichen Institutionen erreicht werden.

Sicherheit

- Die Schweiz muss sich für **alle** wahrscheinlichen **Krisenszenarien wappnen**. Die dafür notwendigen Vorkehrungen müssen getroffen werden.

Dafür gilt es die **Alimentierung** der **Armee sicherzustellen**.

- Bei zivilen Gesundheitskrisen gilt es den **Zivildienst** stärker in die Pflicht zu nehmen, weil viele Zivildienstleistende über eine Grundausbildung in der Pflege verfügen.
- Ebenso muss der **Zivilschutz** über genügend Personal verfügen.

Aussenpolitik

- **Renationalisierungstendenzen** sind **abzulehnen**. Die Schweiz muss sich für **krisenresistente** Rahmenbedingungen im **Aussenhandel** einsetzen.
- Die ressourcenarme Schweiz wird immer auf Importe angewiesen sein. Eine erhöhte Selbstversorgung ist daher abzulehnen. Hingegen müssen gezielte Massnahmen ergriffen werden, um die **Versorgungssicherheit** zu **erhöhen**.
- Internationale Krisen können nur im internationalen Kontext bewältigt werden. Die FDP unterstützt daher die **Stärkung** der humanitären Hilfe zur Krisenbewältigung im Rahmen der **internationalen Zusammenarbeit**.



Andrea Caroni: «Nur, wenn wir aus Corona unsere Lehren ziehen, werden wir für die Zukunft krisenresistenter.»

Zukunft schaffen für unsere Enkelkinder

FDP führt wieder eine Mitgliederbefragung durch

Mit der Enkelstrategie ergreift die FDP Partei für die zukünftigen Generationen: Wir wollen liberale, kinder- und enkeltaugliche Lösungen für einen attraktiven Wirtschaftsstandort, für gesicherte Sozialwerke sowie für eine intakte Lebensgrundlage aufzeigen. Diese drei Themenbereiche sollen in der Parteibasis über eine Mitgliederbefragung breit diskutiert werden, um das Erfolgsmodell Schweiz in die Zukunft zu tragen. Nehmen auch Sie daran teil!

Das Jahr 2020 haben wir uns alle anders vorgestellt. Noch immer hat die Covid-Krise die Schweiz und die Welt fest im Griff, noch immer sind die mittel- und langfristigen Folgen kaum absehbar: Wann wird wieder so etwas wie Normalität einkehren? Welche Folgen hat die Krise für unseren Wohlstand und unsere Arbeitsplätze in der Schweiz? Was passiert in Krisenzeiten mit unserer individuellen Freiheit?

Bei all diesen Fragen, die uns im Moment beschäftigen, dürfen wir eines nicht vergessen: Hier geht es nicht nur um die Gegenwart, sondern vor allem auch um die Zukunft. Gerade die Linke,



Verantwortung übernehmen heisst auch, den kommenden Generationen keine Schuldenberge zu hinterlassen.

allen voran die SP, wittert nun die Chance, ihre Umverteilungsträume, Verstaatlichungen und ihre Gratismentalität durchzusetzen. Wenn aber Schuldenberge aufgebaut, nötige Reformen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben und die Eigenverantwortung durch Bevormundung verdrängt wird, sind das schlechte Aussichten – insbesondere für unsere Kinder und Enkel.

FDP will die Weichen stellen

Die Weichen für eine liberale Zukunft müssen heute so gestellt werden, dass Wohlstand, gesellschaftlicher Zusammenhalt, das Streben nach Fortschritt sowie die Freiheit des Einzelnen auch in Zukunft aufrechterhalten bleiben. Dies ist die Basis für unsere Enkelstrategie: Mit diesem langfristig angelegten Projekt wollen wir aufzeigen, wie eine liberale und enkeltaugliche Politik in drei zentralen Bereichen aussieht:

- Für einen attraktiven **Wirtschaftsstandort**, der uns allen auch in Zukunft eine **Arbeitsstelle** garantiert, damit wir unser Leben selbstbestimmt führen können.
- Für **gesicherte Sozialwerke**, damit auch unsere Kinder und Enkel von den gleichen Vorsorge- und **Gesundheitsleistungen** profitieren können wie die heutigen Generationen.
- Für **intakte Lebensgrundlagen**, sowohl was die Umwelt als auch die Infrastrukturen und die Energieversorgung betrifft.

Umfrage startet in wenigen Tagen

Im Rahmen der Enkelstrategie führen wir erneut eine Mitgliederbefragung durch, nachdem wir damit im Bereich der Umwelt- und Klimapolitik im letzten Jahr sehr gute Erfahrungen gemacht haben.

Gerade nachdem alle grösseren Parteianlässe abgesagt werden mussten und so der soziale und politische Austausch erschwert wurde, liegt es mir am Herzen, mittels dieser Mitgliederumfrage wieder mit Ihnen in Kontakt zu treten. Mit der Umfrage wollen wir ein breites Stimmungsbild innerhalb der FDP abholen – das ist gerade deshalb wichtig, weil wir über Fragen diskutieren, die mehrere Generationen betreffen. Nun sind die Zugangsdaten für die Umfrage auf dem Weg zu Ihnen – in wenigen Tagen erhalten Sie Post von uns, und Sie können loslegen!



«Politik ist kein Selbstzweck», steht im Hintergrund bei der Rede von Petra Gössi am Tag der FDP 2019. Mit der Enkelstrategie nimmt die FDP wichtige Fragen der Zukunft auf.

FDP als Wegbereiter der Zukunft

Dieses Projekt macht mich stolz, denn es signalisiert: Die FDP und unsere Mitglieder sind die zukunftsweisende Kraft. Gemeinsinn, Eigenverantwortung und viel harte Arbeit haben unser Land zum Erfolgsmodell gemacht. Nun ergreifen wir Partei für alle Kinder und Enkelkinder und wollen dafür sorgen, dass auch sie sich frei und mit besten Zukunftsperspektiven entfalten können. Daher würde es mich sehr freuen, wenn Sie, liebe FDP-Mitglieder, sich auch diesmal aktiv einbringen und zahlreich an der Befragung teilnehmen.

**Petra Gössi, Nationalrätin SZ
und Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz**



Nein zur «UVI»

Hehres Ziel, vermessener Weg

Die Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» verlangt, dass Unternehmen mit Sitz in der Schweiz auch im Ausland Haftung für Menschenrechtsverletzungen und Missachtungen von Umweltstandards übernehmen sollen. Die Forderung, dass Unternehmen verantwortungsvoll handeln müssen, ist unterstützenswert. Die von den Initianten vorgeschlagenen Instrumente, die in der Schweizer Bundesverfassung festgesetzt werden sollen, sind aber nicht zielführend. Im Gegenteil. Die Initianten wollen in der Schweiz die weltweit faktisch strengsten Haftungsregeln einführen und legen damit unserer von Corona gebeutelten Wirtschaft unverhältnismässige Fesseln an.

Am 29. November stimmen wir über die Unternehmensverantwortungsinitiative, kurz UVI, ab, die von 50 verschiedenen Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen eingereicht wurde. Sie verfolgt ein hehres Ziel: Unternehmen mit Sitz in der Schweiz müssen die Menschenrechte und internationalen Umweltstandards auch ausserhalb der Schweiz respektieren. Verletzt ein Unternehmen

Menschenrechte oder missachtet verbindliche Umweltstandards im Ausland, soll es in der Schweiz zur Rechenschaft gezogen werden können.

Sippenhaftung

Hört sich gut an. In der Praxis bedeutet das jedoch, dass Schweizer Unternehmen den Schutz von Menschenrechten und der Umwelt künftig verbindlich

in ihrer gesamten Wertschöpfungskette, bis hin zum letzten Zulieferer, garantieren müssen. Mit der Annahme der Initiative werden Schweizer Unternehmen damit auch für Tätigkeiten von anderen Firmen haften, die sie zwar wirtschaftlich kontrollieren, bei denen sie aber nicht direkt am operativen Geschäft beteiligt sind. Gleiches gilt für Lieferanten, auf die sie – wenn überhaupt – nur beschränkt Einfluss haben.

Bei Volksinitiativen sind die hehren Ziele leider nicht entscheidend. Es sind die vorgeschlagenen Instrumente, die zählen. Denn diese sind es, die schliesslich in unserer Bundesverfassung verankert werden. So ist es selbstverständlich, dass Schweizer Unternehmen verantwortungsvoll handeln müssen. Um das sicherzustellen, schlägt die UVI jedoch Instrumente vor, die unnötig und kontraproduktiv sind und den Wirtschaftsstandort Schweiz unmittelbar und erheblich schaden würden.

Bedrohung für Standort Schweiz

Durch die Einführung von weltweit einzigartig strengen Haftungsregeln würde die Schweiz als Standort für internationale Unternehmen deutlich an Attraktivität verlieren. Davon betroffen wären wir alle – die Bedeutung, die Schweizer Konzerne für unser Land haben, wird häufig unterschätzt: Rund ein Drittel der Arbeitsplätze, der Steuereinnahmen und des Bruttoinlandsprodukts entfallen auf international tätige Schweizer Konzerne!

Auch KMU wären betroffen

Schliesslich zielen die Initianten zwar auf die Konzerne ab. Sie werfen in ihrem Eifer aber auch die kleinen und mittelgrossen Unternehmen der Schweiz mit den Konzernen in denselben Topf. Zwar besagt der Initiativtext, dass der Bund bei der Umsetzung der Sorgfaltsprüfungspflicht Rücksicht auf unsere KMU nehmen soll. Er schliesst sie aber von der Haftungsspflicht nicht aus. Ist ein KMU also von einem wichtigen Zulieferer im Ausland abhängig, sind die Bestimmungen der UVI direkt auf das Schweizer KMU anwendbar.

Ausgewogener Gegenvorschlag

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es klar, dass wir uns derart radikale Bestimmungen, wie sie die UVI fordert, nicht leisten können. Darum müssen wir uns bereits jetzt für ein Nein am 25. November 2020 einsetzen. Dies gesagt, gilt es noch zu erwähnen, dass bei einer Ablehnung der Initiative ein Gegenvorschlag von Bund und Parlament in Kraft treten wird. Dessen strikte Regeln nehmen die Schweizer Unternehmen in die Verantwortung, sind gleichzeitig international abgestimmt und entsprechend für die Wirtschaft tragbar.

Ruedi Noser, Ständerat ZH



Sicherheit ist ein Gesamtsystem

Ja zu neuen Kampfflugzeugen

Die Flugzeuge der Schweizer Luftwaffe kommen per 2030 nach über 30 bzw. nach über 50 Jahren Einsatz an ihr Lebensende. Sie müssen daher ersetzt werden, wenn wir auch ab 2030 unseren Luftraum und damit die Menschen in diesem Land schützen möchten.

Die neuen 30 bis 40 Flugzeuge werden rund 30 bis 40 Jahre, also bis etwa 2070, im Einsatz stehen. Für die Ersatzbeschaffung haben Bundesrat und Parlament einen Kreditrahmen von 6 Mrd. Franken gesprochen. Die Anschaffungskosten und die späteren Unterhalts- und Betriebskosten werden aus dem ordentlichen Armeebudget bezahlt. Kein anderer staatlicher Bereich, weder Bildung noch Gesundheit, muss Finanzkürzungen in Kauf nehmen. Die Zahlentrickserei der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) ist unredlich und unserer direkten Demokratie unwürdig. Den Gegnern geht es, wie der Name der Referendumsführer bereits besagt, ohnehin nur um die Abschaffung der Armee. Denn die Bodentruppen einer Armee sind ohne Luftwaffe ungeschützt und damit wirkungslos.

Kein Entweder-oder, sondern Sowohl-als-auch

Fakt ist, dass die Alternative zur Erneuerung der Luftwaffe wäre, dass unser Luftraum nicht mehr geschützt ist. Da unsere Bevölkerung aus der Luft

mit Flugzeugen von 1978 und 1996 geschützt wird und beide Typen bald das Ende ihrer vertretbaren Einsatzzeit erreichen, zeichnet sich im Luftraum eine Sicherheitslücke ab dem Jahr 2030 ab. Es wäre nicht zu verantworten, wenn unser Land unsere Bevölkerung vor Angriffen aus der Luft nicht mehr schützen könnte. Es gibt nicht ein Entweder-oder, sondern nur ein Sowohl-als-auch. Kein Land schafft seine Luftwaffe ab und konzentriert sich nur noch auf Cyber-Abwehr und Pandemie-Bekämpfung. Genauso, wie der Schutz unseres Landes am Boden durch Polizei, Grenzwachtkorps, Zivilschutz, Armee usw. gewährleistet wird, muss unser Luftraum durch die Luftwaffe überwacht, kontrolliert und geschützt werden – und zwar in 300 bis 350 Einsätzen pro Jahr. Der Luftraum über unserem Land ist einer der meistbeflogendsten der Welt. Die Sicherheit der Menschen in unserem Land wird durch einen ganzen Verbund gewährleistet. Alle Bestandteile dieser Kette brauchen die notwendigen Fähigkeiten und Mittel, um ihre Auf-

gabe meistern zu können. Die Luftwaffe braucht es in normalen Lagen, aber besonders auch in Krisen. Wenn die Schweiz aber erst in einer Krise an deren Bekämpfung denkt, sind wir zu spät. Ein ordentlicher Beschaffungsprozess der Flugzeuge dauert rund zehn Jahre an. Die Feuerwehr denkt auch nicht erst an den Kauf eines Tanklöschfahrzeugs, wenn das Haus brennt.

Bewaffnete Neutralität ist Verfassungsrecht und völkerrechtliche Verpflichtung

Zudem werden wichtige Anlässe wie UNO-Konferenzen oder das World Economic Forum WEF in Davos aus der Luft geschützt. Hinzu kommt, dass unsere Luftwaffe Überflüge von Flugzeugen aus Staaten unterbindet, welche in kriegerische Konflikte involviert sind. Damit schützen und verteidigen wir unsere Neutralität und können unsere aussen- und friedenspolitische Rolle auch bezüglich Friedensverhandlungen glaubwürdig wahrnehmen, ohne dem Vorwurf zu begegnen, eine Seite mehr zu gewichten. Der Schutz in der Luft ist da-



Thierry Burkart

mit ein wichtiger Bestandteil unserer Sicherheit und unserer Neutralität. Der ordentliche Evaluations- und Beschaffungsprozess für neue Flugzeuge beansprucht rund 10 Jahre. Der Schutz des Luftraums über Europa wird bereits jetzt in Kooperation wahrgenommen. Kooperation bedingt aber, dass auch wir unseren Teil dazu beitragen. Das ist ein Verfassungsauftrag und eine völkerrechtliche Verpflichtung. Helikopter, Trainingsflugzeuge oder Drohnen erfüllen die technischen Anforderungen dazu nicht. Das bestätigen alle Experten. Wenn wir auch ab 2030 unseren Luftraum und damit die Menschen in diesem Land schützen möchten, dann sollten wir an der Volksabstimmung vom 27. September unbedingt Ja zur Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen sagen.

**Thierry Burkart, Ständerat AG,
Präsident der Kampagne Air2030**



«Kündigungsinitiative ist ein Hochrisikospiegel»

Karin Keller-Sutter im Interview

Am 27. September stimmen wir über die Kündigungsinitiative der SVP ab. Die Initiative führt zu einer politischen und wirtschaftlichen Abschottung der Schweiz. Bundesrätin Karin Keller-Sutter erläutert im Interview die Argumente gegen die Kündigungsinitiative.

Frau Keller-Sutter, was für Folgen hätte eine Annahme der Kündigungsinitiative? Die Begrenzungsinitiative ist ein Hochrisikospiegel. Sie verlangt, dass der Bundesrat die Personenfreizügigkeit in Verhandlungen innerhalb eines Jahres ausser Kraft setzt. Gelingt das nicht, muss der Bundesrat das Abkommen innert 30 Tagen kündigen. Bei einer Kündigung der Personenfreizügigkeit fallen die anderen sechs Abkommen der Bilateralen I automatisch dahin. Damit hätten wir einen vertragslosen Zustand mit unserem wichtigsten Handelspartner. Die Folgen wären weniger Wohlstand und der Verlust von Arbeitsplätzen. Wir Freisinnigen haben den bilateralen Weg stets befürwortet. Sorgen wir am 27. September dafür, dass dieser weitergeführt werden kann.

Reicht ein einfaches Handelsabkommen mit der EU für den Handel nicht aus? Das Freihandelsabkommen von 1972 ist zwar wertvoll, es sieht aber im Unterschied zu den bilateralen Verträgen keinen Marktzugang vor. Geregelt werden darin vor allem Zollfragen. Für uns als kleines, aber exportstarkes Land bleibt der möglichst hindernisfreie Handel mit der EU zentral. So fallen beispielsweise zwei Drittel der exportierten Industriegüter unter das Abkommen über technische Handelshemmnisse.

«Man kann nicht eine Krise mit einer neuen Krise bekämpfen.»

Ein Wegfall dieses Abkommens würde nicht nur den Marktzugang behindern, sondern auch zu mehr Kosten und Bürokratie führen.

Weshalb brauchen wir mehr Zuwanderung, wenn die Arbeitslosigkeit ohnehin steigt? Der Bundesrat möchte nur so viel Zuwanderung wie nötig. Deshalb hat er gemeinsam mit den Sozialpartnern Massnahmen zur Förderung der inländischen Arbeitskräfte ergriffen. Es trifft zu, dass die Arbeitslosigkeit wegen der Corona-Krise angestiegen ist. Wir alle arbeiten daran, dass es sich hierbei um einen kurzfristigen wirtschaftlichen Schock handelt. Wenn wir die Personenfreizügigkeit kündigen und damit die Bilateralen I aufs Spiel setzen, verlängern wir die Krise und schaffen mehr Arbeitslosigkeit. Man kann nicht eine Krise mit einer neuen Krise bekämpfen.

Sie absolvierten während Ihrer Ausbildung einen Studienaufenthalt in London und studierten in einem Austauschsemester an der Universität in Montreal. Welche Auswirkungen hätte die Annahme dieser Initiative auf unseren Forschungs- und Bildungsstandort? Die Studienaufenthalte in Grossbritannien und Kanada waren für mich sehr wertvoll und haben mich geprägt. Ich bin dankbar, dass mir meine Eltern dies ermöglicht haben. Eine Annahme der Initiative würde die Mobilität der Studierenden und der Forschenden einschränken. Für viele Talente aus dem Ausland wäre der Zugang zu einer Schweizer Hochschule versperrt. Umgekehrt hätten Schweizer Forschende und Studierende Probleme, sich im europäischen Ausland weiter zu entwickeln, wodurch ihre Karriere behindert werden könnte. Die Dachorganisation der Schweizer Hochschulen Swissuniversities spricht sich deshalb gegen die Kündigungsinitiative aus.

Wenn Sie einen Blick in die Kristallkugel wagen könnten: Wie sehen Sie das Verhältnis der Schweiz zu Europa in fünf Jahren? Ich bleibe lieber in der Realität. Am 27. September geht es faktisch darum, ob die Schweiz den bilateralen Weg weiterführen will oder nicht. Der Bundesrat hat in den letzten Monaten alles daran gesetzt, die Schweiz durch die Krise und aus der Krise zu führen. Dazu gehört auch ein Nein zur Begrenzungsinitiative und ein Ja zur Fortführung des bilateralen Wegs.

Interview: Sven Marti

Unterschreiben Sie jetzt die Renteninitiative!

Für eine nachhaltige Sanierung der Altersvorsorge

Die AHV ist in 15 Jahren bankrott, und in der 2. Säule werden jährlich 7 Mrd. Franken umverteilt. Mit solch düsteren Prognosen erodiert auch das Vertrauen in unser System: Im Sorgenbarometer steht die Altersvorsorge ganz zuoberst. Nun muss die Politik Lösungen aufzeigen. In einer Metastudie untersuchten Wissenschaftler der Uni Luzern die häufigsten Argumente gegen ein höheres Rentenalter. Und sie stellen fest: Die Schweiz ist bereit für ein höheres Rentenalter.

Der Reformstau in der Altersvorsorge ist riesig. Für die nächste AHV-Reform (AHV 21) stehen jedoch einmal mehr nur kurzfristige finanzielle Massnahmen im Vordergrund. Dabei sind die Vorbehalte gegen ein höheres Rentenalter in der Schweiz unbegründet. Denn die in einem neuen Gutachten diskutierten Zahlen und wissenschaftlichen Studien legen nahe, dass sowohl die Gesundheit der Menschen wie auch der Arbeitsmarkt auf eine Erhöhung des Rentenalters bestens vorbereitet wären.

Ü50 gut im Arbeitsmarkt integriert

Insbesondere das Argument, dass Ü50 keine Jobs finden, kann nicht gezählt werden. Die älteren Arbeitnehmer sind äusserst gut in den Schweizer Arbeitsmarkt integriert. Die Arbeitsmarktbeteiligung der älteren Bevölkerung steigt seit Jahren an

und ist im internationalen Vergleich sehr hoch. Ein generelles Arbeitslosigkeitsproblem für ältere Arbeitnehmer besteht nicht – im Vergleich zu anderen Altersgruppen ist die Arbeitslosigkeit nach wie vor unterdurchschnittlich. In den nächsten Jahren wird die demografische Entwicklung zu einer spürbaren Verknappung des Arbeitsangebotes führen, was der Nachfrage nach älteren Arbeitskräften zusätzlichen Schub verleihen dürfte.

«70 ist das neue 60»

Dank steigendem Wohlstand und medizinischem Fortschritt ist die Lebenserwartung in der Schweiz im Laufe des 20. Jahrhunderts stark angestiegen. Die Menschen werden aber erfreulicherweise nicht nur immer älter, sondern bleiben auch länger gesund. Wie die Forschung zeigt, hat sich der Alte-

rungsprozess um ein Jahrzehnt nach hinten verschoben («70 ist das neue 60»).

Gesundheit im Alter wird besser

Hatten 65-Jährige im Jahr 1992 durchschnittlich noch 11 bis 12 Jahre in guter Gesundheit vor sich, sind in der Zwischenzeit weitere 3 Jahre dazugekommen. Sowohl in der Altersklasse 55 bis 64 wie auch in der Altersklasse 65 bis 74 beschreiben gut drei Viertel der Personen beider Geschlechter ihren Gesundheitszustand als gut oder sehr gut. Das Alter 65 stellt keine Schwelle dar, an der gesundheitliche Probleme bemerkbar zunehmen würden. Gesundheit ist entsprechend nicht die Hauptursache für den Zeitpunkt der Pensionierung.



Patrick Eugster

Ältere Arbeitnehmer bleiben produktiv

Während die physische und kognitive Leistungsfähigkeit ihren Höhepunkt schon in relativ jungen Jahren erreicht, steigen Faktoren wie Erfahrungswissen, Führungskompetenz und Beurteilungsvermögen über die Lebenszeit an. Erkenntnisse der neueren Literatur deuten darauf hin, dass die Arbeitsproduktivität im Alter (d.h. in den Jahren vor dem ordentlichen Rentenalter) konstant bleibt. Das Vorurteil, ältere Erwerbstätige seien im Vergleich zu jüngeren Arbeitskollegen weniger produktiv, kann somit nicht bestätigt werden.

Fazit

Für eine nachhaltige Sanierung der Altersvorsorge haben wir zwei Möglichkeiten: Entweder wir erhöhen die Mehrwertsteuern um rund 50 Prozent – ein Durchschnittshaushalt zahlt so jährlich fast 3000 Franken mehr! Oder aber wir arbeiten etwas länger. Länger arbeiten ist möglich – dies zeigt das Gutachten eindeutig auf. Der Weg ist also frei für nachhaltige AHV-Finzen. Jetzt müssen wir ihn nur noch zusammen beschreiten.

Patrick Eugster

Präsident des Komitees Renteninitiative

Wir brauchen Sozialwerke, die gesichert sind, so dass auch unsere Enkelkinder den gleichen sozialen Schutzschild haben wie die heutigen Rentnerinnen und Rentner. Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen ist ein Schritt in diese Richtung. Unterschreiben auch Sie den beigelegten Unterschriften-Bogen!

Petra Gössi
Präsidentin FDP.Die Liberalen



Herzlich willkommen!

Aus dem Generalsekretariat

Fanny Noghero ist neue Generalsekretärin

Am 14. Juli hat die Parteipräsidentenkonferenz Fanny Noghero einstimmig zur neuen Generalsekretärin gewählt. Sie ist eine ehemalige Journalistin und kennt als ehemalige Geschäftsführerin der FDP Neuenburg die Partei und ihre Basis hervorragend. Als erste Vertreterin der Romandie in dieser Position verbindet die Neuenburgerin, die auch fließend Italienisch spricht, die Sprachregionen optimal. Zurzeit leitet sie die Gesamtkommunikation der FDP Schweiz. Wir gratulieren Fanny Noghero sehr herzlich zu ihrer Wahl und freuen uns auf die Zusammenarbeit. Sie übernimmt die Position von Samuel Lanz per 1. Oktober 2020.



Fanny Noghero



Samuel Lanz

Samuel Lanz verlässt das Generalsekretariat der FDP

Mit grossem Bedauern müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass Samuel Lanz sich entschieden hat, das Generalsekretariat per Ende September zu verlassen und sich einer neuen Herausforderung anzunehmen. Er wird neu Leiter der Kommunikation und Mitglied der Geschäftsleitung bei Interpharma, dem Verband der forschenden Pharmaunternehmen der Schweiz. «Sämi» führte seit 2014 das Generalsekretariat und reorganisierte es in eine schlagfertige, professionelle Kampagnenorganisation. Weiter trug er wesentlich zum erfolgreichen Abschneiden der FDP bei mehreren Bundesratswahlen und zahlreichen Volksabstimmungen bei. Die FDP dankt «Sämi» für seinen langjährigen und unermüdlichen Einsatz und die vielen tollen Erlebnisse.

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

Begrenzungsinitiative (Kündigungsinitiative)



NEIN

Änderung des Erwerbsersatzgesetzes (Vaterschaftsurlaub)



JA

Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge



JA

Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (Erhöhung Kinderabzüge)



JA

Änderung des Jagdgesetzes

Öffentliches Fachreferat

Einladung

Peter Regli
Divisionär a.D., Dipl. Masch.-Ing. ETH,
ehem. Chef des Schweizer
Nachrichtendienstes,
Delegierter der FDP Schweiz,
spricht zum Thema:



Unsere nationale Sicherheit nach der Corona-Pandemie

Donnerstag 8. Oktober 2020 in Bern
Kaserne, Auditorium, Papiermühlestr. 13+15, 3000 Bern 22
(im Navigationssystem eingeben: Kasernenstrasse 27 oder:
per Öv mit Tram Nr. 9 ab Bahnhof Bern bis Breitenrain, dann 300 m
zu Fuss, via Herzogstrasse -> Papiermühlestrasse bis zur Kaserne.)

Donnerstag 22. Oktober 2020 in Zürich
Mehrzweckhalle Stiftung zum Glockenhaus
(neben Hotel Glockenhof), Sihlstrasse 33, 8001 Zürich

Beginn jeweils: 18.45 Uhr Apéro / 19.30 Uhr Referat

FDP

Die Liberalen



**Nein zur
Kündigungsinitiative**

www.fdp.ch